

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5650

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5650



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 3. Mai 2026

Inhalt

Einstige Reformer verhindern dringende Reformen.....	2
2. Mai 2026, Hanspeter Amstutz.....	2
Manifest für einen bildungswirksamen Unterricht.....	4
Zürich, 27. April 2026.....	4
Eine mutige Kurskorrektur ist überfällig.....	5
28. April 2026, Hanspeter Amstutz.....	5
Volksschule in der Krise: Experten fordern mehr Praktiker an den Pädagogischen Hochschulen....	9
CH Media, 28. April 2026, von Kari Kälin.....	9
«Wir halten an verblendeten Systemen fest».....	10
NZZ, 28. April 2026, Schweiz, Erich Aschwanden und Sebastian Briellmann.....	10
Überforderung im Tarnkleid.....	14
Tages-Anzeiger, 30. April 2026, Forum, Leserbrief.....	14
Schulischer Niedergang.....	15
NZZ, 27. April 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	15
Lernen ist ein sozial vermittelter Prozess.....	15
NZZ, 29. April 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Eliane Perret.....	15
Kinder unter Stress: Findet der Schulübertritt zu früh statt?.....	17
Tages-Anzeiger, 28. April 2026, Zürich, Nina Fargahi.....	17
Menschen mit Ecken und Kanten.....	18
NZZ, 27. April 2026, Meinung & Debatte, Leserbriefe.....	18
Das ist eine absurde Situation.....	19
Tages-Anzeiger, 23. April 2026, Forum, Leserbriefe.....	19
Wenn die Wirklichkeit stört.....	20
Journal 21, 19. April 2026, Carl Bossard.....	20



Einstige Reformer verhindern dringende Reformen

2. Mai 2026, Hanspeter Amstutz

Die Kritik an den gescheiterten Schulreformen wird immer lauter. Das schockierende Deutschdebakel, der endlose Frühfranzösisch-Leerlauf, die überzogene Integration und die Überfülle des Lehrplans sind Dauerthemen in den Bildungsdiskussionen. Wer nicht eine rosa Brille aufgesetzt hat, kommt unweigerlich zum Schluss, dass es für den Volksschul-Supertanker eine deutliche Kursänderung braucht, um die versprochenen Bildungsziele zu erreichen.

Offenbar scheint auf der EDK-Kommandobrücke Uneinigkeit über den Ernst der Lage zu bestehen. Die einen vermuten, dass der Kurs falsch ist. Die Mehrheit der Crewmitglieder glaubt aber noch immer, man sei nur unwesentlich vom Ziel abgekommen. In dieser Situation hat man sich verständigt, vorerst den bisherigen Kurs beizubehalten und die Passagiere zu informieren, dass trotz eines stärkeren Wellengangs alles nach Plan verlaufe.

Trotz negativer Evaluationsresultate wird am falschen Kurs festgehalten

Es ist absolut unverständlich, dass die Reformer von einst sich den unerfreulichen Tatsachen nicht stellen wollen. Die EDK und kantonale Bildungsdirektionen haben zwar wie versprochen einige wichtige Evaluationen durchgeführt und ausgewertet. Deshalb müsste man eigentlich voll im Bild sein, dass vieles schief läuft. Doch klare Antworten der Bildungs-Steuerleute auf die schlechten Ergebnisse bleiben aus. Statt den falschen Kurs endlich zu korrigieren, wird abgewiegelt oder einfach geschwiegen. Beim Frühfranzösisch wird weitergewurstelt, die Integration wird zur heiligen Kuh erklärt und beim Deutschdebakel herrscht Ratlosigkeit über die zu treffenden Konzeptänderungen. Von einer überzeugenden Führung des Bildungsschiffs in bedrohlicher Lage kann keine Rede mehr sein. Die umtriebigen Reformer von einst sind zu mutlosen Verkündern von unsinnigen Durchhalteparolen geworden.

Diese Grundhaltung kommt beim Grossteil der Lehrerschaft gar nicht gut an. Man fühlt sich im Stich gelassen. Es erstaunt deshalb nicht, dass der steigende Druck, die Volksschule zu entschlacken und ihr einen überzeugenderen Auftrag als bisher zu geben, von praxisnahen Schulkritikern kommt. Der jüngste Auftritt einer Gruppe von acht namhaften Bildungsfachleuten mit starkem Bezug zur Schulpraxis lässt nun aber aufhorchen. Was diese kämpferische Gruppierung mit dem Namen «Wendepunkt Bildung» fordert, geht weit über die bisherige, eher sanfte Bildungskritik hinaus. Mit klaren Vorstellungen über eine innere Schulreform, getragen von gut begründeten pädagogischen Wahrheiten, hat die Gruppe die öffentliche Diskussion angefacht.

Für «Wendepunkt Bildung» ist die Wirksamkeit von Reformen entscheidend

Die Reaktionen in der Presse waren teils heftig und führten zu unterschiedlichen Interpretationen des nachgewiesenen Leistungs-Sinkflugs der Volksschule. Offensichtlich haben die acht Kritiker mehr als nur einen wunden Punkt getroffen. Am meisten zu reden gab die Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen. Zu viel praxisferner Ballast, zu wenig Nähe zur Volksschule und eine schwache Fachdidaktik in vielen Bereichen, all das wurde in fast allen Kommentaren als Herausforderung erkannt. Andere Pressekommentare blieben auf der Linie der offiziellen Bildungspolitik oder warfen den Kritikern ein «Zurück zur alten Schule» vor.



Von einem Zurückdrehen des Rads der Zeit kann bei den acht Kritikern allerdings keine Rede sein. Ihr Ansatz im pädagogischen Denken ist ein ganz anderer. Es geht ihnen um die Wirksamkeit pädagogischer Konzepte im Schulalltag und nicht um ideologische Schönfärbereien. Die Frage, welche Lernkonzepte bei den Kindern und Jugendlichen einen nachhaltigen Bildungsprozess auslösen, ist für sie vorrangig. Reformen, die sich als erfolgreich erwiesen haben, sollen weiterentwickelt werden. Gescheiterte Projekte hingegen sind zu stoppen und nicht jahrelang durch immer neue Geldspritzen weiterzuführen.

Das Vorwort unseres Newsletters ist diesmal bewusst kürzer gehalten, da Sie in den ersten Beiträgen eine Fülle an Informationen und Kommentaren zum spannenden bildungspolitischen Geschehen der letzten Tage finden. Daneben haben wir wie üblich weitere Texte zu Bildungsfragen für Sie zusammengestellt. Nicht vergessen möchten wir den Hinweis auf die von uns ausgewählten ausgezeichneten Leserbriefe. Was diese kurzen Texte an anschaulichen Aussagen zu zentralen Schulfragen enthalten, lässt deren Lektüre zum Genuss werden.

Hanspeter Amstutz

Medienkonferenz, 27.4.2026

Wendepunkt Bildung Mut zur Kurskorrektur

Manifest für einen bildungswirksamen Unterricht





Manifest für einen bildungswirksamen Unterricht

Zürich, 27. April 2026

Jedes Kind geht nur einmal zur Schule. Darum hat es das Recht auf einen bildungswirksamen Unterricht. Wir Erwachsenen tragen dafür die Verantwortung.

Die heutige Volksschule wird diesem Auftrag zu wenig gerecht. Warum?

- Sie vernachlässigt das gemeinsame und systematische Lernen.
- Überfrachtete Lehrpläne und pädagogische Dogmen verdrängen das Zusammenspiel von Lehren und Lernen.
- Zentral verordnete Reformen binden Zeit und Ressourcen, entwerten das Pädagogische und tragen zu sinkenden Lernleistungen bei.
- Administration und Organisation ersticken die Freiheit und verdrängen den Sinn des Lehrberufs.
- Pädagogische Hochschulen verlieren den Bezug zur Praxis.

Darum fordern wir eine Neuausrichtung hin zu einer Volksschule, die über klare Ansprüche und systematisches Üben elementares Basiswissen sichert und so tragfähige Grundlagen fürs Leben vermittelt:

- verstehendes Lesen und kohärentes Schreiben,
- präzises Reden und begründetes Argumentieren,
- grundlegendes Rechnen,
- logisches Denken und freies Fantasieren,
- kreative und kulturelle Fähigkeiten,
- einen respektvollen Umgang und Förderung des Gemeinsinns.

Darauf müssen die Pädagogischen Hochschulen vorbereiten – und dafür müssen sie einstehen, in engem Austausch mit der Schulpraxis.

Der Sinn der Schule liegt im Pädagogischen.

Darum steht die Pädagogik im Mittelpunkt.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, gesehen, angeleitet und verantwortungsvoll unterrichtet zu werden.

Eine bildungswirksame Schule schafft entscheidende Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben.

Darum gehört sie ins Zentrum der Politik.

Dr. phil. Carl Bossard, Yasmine Bourgeois, Prof. Dr. phil. Allan Guggenbühl,

Dr. phil. Beat Kissling, Philipp Loretz, Res Schmid, Christine Staehelin M.A., Roland Stark

[Mehr...](#)



Eine mutige Kurskorrektur ist überfällig

28. April 2026, Hanspeter Amstutz

Mit einer gut begründeten Kritik an den gescheiterten Schulreformen haben sich Mitglieder des Komitees «Wendepunkt Bildung» an einer Medienkonferenz an die Öffentlichkeit gewandt. Das schockierende Deutschdebakel, der endlose Frühfranzösisch-Leerlauf, die überzogene Integration und die Überfülle des Lehrplans hätten bereits einen erheblichen Schaden an der Schule angerichtet. Das seit Jahren praktizierte Wegschauen der Politik bei den aktuellen Schulbaustellen könne nicht länger hingenommen werden.

Die Referate der Komiteemitglieder überzeugten durch ihre Nähe zum Schulalltag und die anschauliche Prägnanz ihrer Kommentare. Das lag daran, dass alle Sprechenden neben ihrer spezifischen Ausbildung, sei es in den Erziehungswissenschaften oder in Führungsfunktionen, über eine reiche Schulerfahrung verfügten. Völlig einig war man sich, dass die nötige Kurskorrektur eine bessere Wirksamkeit des Unterrichts zum Ziel haben muss. Was offensichtlich schiefgelaufen oder konzeptionell falsch angelegt ist, dürfe nicht durch zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen in die nächste Runde hinübergerettet werden.

Die Schulpraxis entscheidet über den Erfolg von Reformen

Bei der Kurskorrektur gehe es um wesentliche pädagogische Anliegen und nicht um neue Schulprogramme oder gar Hauruck-Übungen mit massiven Strukturänderungen. Die überzogenen gesellschaftspolitischen Ansprüche an die Schule und die theoretischen Konzepte aus den Pädagogischen Hochschulen müssten einer stärkeren pädagogischen Innensicht Platz machen. Was Schülerinnen und Schüler bewegt, wo ihre Lerninteressen liegen und wie die Inhalte am wirkungsvollsten vermittelt werden können, sei von der Schulpraxis her zu beantworten. In ideologischer Verblendung seien abgehobene Reformen auf Biegen und Brechen durchgeführt worden, die letztlich auf Kosten vieler Schülerinnen und Schüler gingen. Dabei spielte eine Verschiebung der pädagogischen Deutungshoheit weg von der Schulpraxis eine fatale Rolle beim Sinkflug der Volksschule. Pädagogische Hochschulen und einflussreiche Bildungsverwaltungen hätten trotz gegenteiliger Beteuerungen dem Dialog auf Augenhöhe mit der Lehrerschaft kaum nachgelebt.

Die Lehrerbildung steht im Brennpunkt

In der angeregten Fragerunde zeigte sich, dass die Rolle der Pädagogischen Hochschulen als zentral bei der Fehlentwicklung der Schule erachtet wurde. Mehrfach wurde nachgehakt, um von den Referenten präzise Antworten zur Umgestaltung der Lehrerbildung mit mehr Praxisnähe zu erhalten. Dabei schälte sich heraus, dass die PH mit ihrer akademischen Forschungsarbeit einen stark von der Praxis losgelösten Diskurs untereinander führen. Anerkennung als Dozent verdiene man sich primär in einem internen Wissenschaftskreis, nicht in der vertieften Auseinandersetzung mit den herausfordernden Anliegen der Lehrerschaft.

Die Referenten blieben die konkreten Antworten nicht schuldig. Sie forderten übereinstimmend eine grundlegende Revision der Lehrerbildung. Fachdidaktiker an den PH müssten sich über eine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit auf der entsprechenden Schulstufe ausweisen können. Der gegenwärtige Zustand mit den in der Regel ungenügend schulerfahrenen Dozierenden sei unhaltbar. Kompe-



tente Volksschullehrkräfte müssten den Auftrag erhalten, ihre reiche Erfahrung im erfolgreichen Unterrichten direkt in die Didaktikvorlesungen der Hochschulen einzubringen. Es genüge keinesfalls, didaktische Konzepte den Studierenden einfach so nebenbei in den Unterrichtspraktika zu vermitteln. Die Ausbildungszeit an den PH müsse für die Herausforderungen der Schulpraxis viel besser genützt werden.

Den oft gehörten Vorwurf, man wolle zurück zu einer «Meisterlehre», konterten die Referenten mit der klaren Ansage, dass es für eine umfassende Lehrerbildung eine hohe fachliche und didaktische Kompetenz brauche. Um sich das nötige Wissen in den einzelnen Fächern zu erwerben, sei man nach wie vor auf akademisch ausgebildete Dozenten angewiesen. Diese hätten die Aufgabe, die Studierenden in wirklich schulnahen Themen gründlich zu fördern.

Die Lehrerrolle ist eine vielseitige Führungsaufgabe

Im Zusammenhang mit einem praxisnäheren Ausbildungskonzept kamen auch die veränderte Lehrerrolle und die ganze Systematik des Lernens ausführlich zur Sprache. Die Rolle des Lernbegleiters als Hauptfunktion einer Lehrkraft wurde als ungeeignet taxiert. Das Führen eines dynamischen Klassenverbands verlange eine gut sichtbare und hörbare Lehrerin im Klassenzimmer und nicht eine hinter einem Bildschirm sich versteckende Person. Entsprechend gehöre zur Förderung der Lehrerpersönlichkeit eine bessere Ausbildung in der Erzählkunst, ein breites Repertoire an geeigneten didaktischen Möglichkeiten und grundlegendes Fachwissen für einen gehaltvollen Unterricht.

Man war sich einig, dass die Lehrerbildung im Hinblick auf die Anforderungen einer erfolgreichen Schulpraxis einer tiefgreifenden Reform bedarf. Weit schwieriger erwies sich die Frage, wie die Pädagogischen Hochschulen zu einem praxisnäheren Kurs verpflichtet werden könnten. Mit der Umwandlung der ehemaligen Lehrerseminare zu Pädagogischen Hochschulen haben sich diese eine eigene akademische Welt geschaffen, die sich einer politischen Kontrolle weitgehend entzogen hat. Bildungsdirektionen hüten sich in der Regel, den Hochschulen bei den Ausbildungskonzepten dreinzureden. Doch in der gegenwärtigen Krise werde man sich zusammenraufen müssen, damit endlich ein echter Dialog zwischen Schulpraxis und den PH erreicht wird. Es dürfe nicht mehr passieren, dass unausgelegene Reformen von oben durchgedrückt und trotz offensichtlichem Scheitern nie abgebrochen werden.

Kurze Zusammenfassungen der Referate

In den Statements der gehaltvollen Medienkonferenz setzten die Referentinnen und Referenten deutliche Akzente. In der nachfolgenden Zusammenstellung werden die Kernaussagen in den einzelnen Referaten hervorgehoben.

Dr. Beat Kissling, Erziehungswissenschaftler und Lehrer

Der Referent übernimmt die Aufgabe, die Beweggründe für die Gründung von «Wendepunkt Bildung» zu erläutern. Die nicht als Verein handelnde Gruppe hat sich aus einer gemeinsamen Sorge über die offensichtlich ungünstige Entwicklung der Volksschule zusammengeschlossen. Es geht dabei keinesfalls darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen oder parteipolitisch Profit zu schlagen. Reformen, die sich als erfolgreich erwiesen haben, sollen weitergeführt werden. Doch in manchen Fällen sei eine Rückbesinnung auf pädagogisch Bewährtes der bessere Weg. Generell sehen alle



Mitglieder das Volksschulschiff auf einem falschen Kurs, der von der Politik trotz deutlicher Warnzeichen aus der Schulpraxis noch immer nicht korrigiert wird. Dieser Umstand hat die Gruppe veranlasst, gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten.

Dr. phil. Carl Bossard, ehemaliger Rektor und Hochschuldozent

Der Referent kritisiert den Verlust des systematischen Lernens. Als Folge eines ausufernden Lehrplans verzettelt man sich beim Erwerb unzähliger Kompetenzen, da die nötige Übungszeit fehle. Zu früh werde Selbständigkeit beim Lernen gefordert, ohne abzuwarten, bis das Fundament vorhanden ist. Eng damit verbunden ist die Entkoppelung von Lehren und Lernen. Der Referent erachtet die Abwertung des Lehrens mit der funktionalen Schwächung der Lehrperson als einen Verlust an Orientierung in den Lernprozessen.

Christine Staehelin, Primarlehrerin und Erziehungsrätin:

Die Referentin stellt fest, dass Lehrerinnen und Lehrer immer mehr an Präsenz im Schulzimmer einbüßen und ihr bildungspolitisches Engagement in der Öffentlichkeit als Folge eines Drucks mancher Behörden stark abnimmt. Sie verzichten im Unterricht auf direkte Instruktion, sie wagen es nicht mehr, eine Geschichte selber zu erzählen und sie verstecken sich hinter Bildschirmen. Sie schaffen es so weit weniger, die Schüler für wesentliche Bildungsinhalte zu begeistern. Sie ziehen es vor, den Unterricht in Lernlandschaften zu organisieren und beschränken sich auf die Lernbegleitung. Dieser Rückzug aus der unmittelbaren Lehrerfunktion führt zu einem erheblichen Verlust an pädagogischer Wirkung. Die Referentin spricht zusammenfassend von einem «Verschwinden der Lehrer».

Prof. Dr. Allan Guggenbühl, Jugendpsychologe:

Der Referent stellt den jungen Menschen mit seinem Denken und Fühlen ins Zentrum seiner Überlegungen. In der Schule gehe es um Menschenführung. Es spiele eine zentrale Rolle, dass Jugendliche für Lerninhalte gewonnen werden und ihre Motivation zum Lernen gestärkt werde. Zu viele Lehrpersonen als Bezugspersonen, wie sie heute in vielen Klassenzimmern anzutreffen sind, wirken auf viele Kinder verwirrend und erschweren die pädagogische Arbeit. Mit noch mehr Lehr- und Hilfspersonal in einer Klasse schaffe man keine erfolgreiche Lernkultur. Zum Grundauftrag der Schule gehöre es, den Schülern das Selbstwertgefühl zu stärken. Leichtfertig ausgestellte Diagnosen über Schwächen aller Art fixierten die Schüler auf Defizite, was alles andere als hilfreich sei. Statt negativer Zuschreibungen würden identitätsstiftende Rückmeldungen eines ermutigenden Klassenlehrers eine Schullaufbahn weit mehr beeinflussen.

Philipp Loretz, Sekundarlehrer und Bildungsrat:

Der Referent hält fest, dass der Schule in den letzten Jahren immer neue Aufgabenbereiche zugewiesen wurden. Gesellschaftliche Probleme, die nicht gelöst werden konnten, wurden zur Aufarbeitung an die Schule delegiert. Entsprechend breit präsentiert sich unterdessen der erweiterte Fächerkatalog des neuen Lehrplans. Doch dieses Abschieben hat seinen Preis. Der Kernauftrag der Volksschule, die Unterrichtssprache Deutsch gründlich zu vermitteln, hat ziemlich gelitten. Der Referent fordert ein Ende der inhaltlichen Überfrachtung der Primarschule. So ist eine frühe Fremdsprache genug, dafür soll deutlich mehr Zeit für das Erarbeiten der Unterrichtssprache eingesetzt werden. Ein unzumutbarer Belastungsfaktor für viele Klassen ist die Integrative Schule. Diese ist in ihrer



radikalen Ausgestaltung gescheitert. Um die zunehmende Zahl erschöpfter Klassenlehrpersonen durch das Integrative Modell zu verhindern, sind pragmatische Lösungen mit Förderklassen unumgänglich.

Yasmine Bourgeois, Primarlehrerin und Schulleiterin

Für die Referentin stehen die Belastungen der Schule durch das Integrative Modell, die gesellschaftlichen Ansprüche und die vielen bürokratischen Regelungen im Rahmen des Schulbetriebs im Fokus. Sie wehrt sich gegen die Vorstellung, die Schule müsse alles reparieren, was in unserer Gesellschaft nicht rund läuft. Auch manche Projekte, die durchaus wünschenswert seien, müssten vermehrt zurückgestellt werden, um der Schule mehr Zeit für ihren Kernauftrag zu geben. Viele Schulteams seien dermassen mit Absprachen untereinander, mit Berichten über verhaltensauffällige Schüler und mit wenig ergiebigen Diskussionen über Schulprogramme beschäftigt, dass die so wichtige Unterrichtsvorbereitung oft zu kurz käme. Es brauche weniger administrativen Leerlauf, damit die Schulleitungen ihren Grundauftrag, den Lehrkräften beste Rahmenbedingungen zum Unterrichten zu schaffen, wieder erfüllen können.

Roland Stark, langjähriger Förderklassenlehrer und bekannter Basler Politiker

Der Referent hält die Vorstellung, alle stark verhaltensauffälligen oder sehr lernschwachen Kinder könnten in einer Integrierten Schule aufblühen, für eine ideologische Verblendung. Diese Kinder brauchen mehr Zeit und eine engere Führung als Schüler ohne grosse Auffälligkeiten. Nur in Förderklassen mit begrenzter Schülerzahl könne dieser erfolversprechende Betreuungsaufwand geleistet werden. Die meisten Schüler gingen wieder gern zur Schule, wenn sie in einer Kleinklasse den starken Rückhalt durch eine engagierte Lehrkraft spüren. Sie trauerten den oft als demütigend empfundenen Sonderförderungen im Rahmen einer Regelklasse in keiner Weise nach. Das Kommen und Gehen des Förderpersonals habe heute in vielen Klassen ein Ausmass erreicht, das den Schulbetrieb ganz erheblich stören könne. Der Referent erachtet die Negierung dieser leistungshemmenden Entwicklung vonseiten der Integrationsbefürworter als eine unverantwortliche Vogel-Strauss-Politik.

Res Schmid, Bildungsdirektor des Kantons Nidwaldens

Der Regierungsrat hält in einer prägnanten Zusammenfassung die Gründe für den Sinkflug der Volksschule fest. Er sieht die einstigen Reformer als die heutigen Bremser einer dringend nötigen Kurskorrektur. Aus Gründen politischer Abhängigkeiten fehle in vielen Fällen der Mut, gescheiterte Reformen abubrechen und Bewährtes wieder einzuführen. Dazu zähle an erster Stelle das Integrationsmodell, welches den Schulbetrieb vielerorts schwer beeinträchtigt. Auch das selbstorganisierte Lernen hält der Referent in der Volksschule für ungeeignet, da die meisten Schüler mit dieser Methode überfordert seien. Der Referent fordert eine Fokussierung auf die für das Leben wichtigen Grundkompetenzen. Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen sei die Kernaufgabe der Volksschule. Die Schülerleistungen müssten mit Noten bewertet werden und unsinnige Lehrmethoden wie das Schreiben nach Gehör hätten keinen Platz in unserer Volksschule.

Eine grosse Herausforderung sieht der Regierungsrat in einem stärker auf die Praxis ausgerichteten Umbau der Lehrerbildung. Die Förderung der Lehrerpersönlichkeit in der Ausbildung und den Verzicht auf ideologischen Ballast zugunsten von mehr fachlicher Kompetenz erachtet er als vorrangig.



Sein Statement mündet im Aufruf an Politik, Verwaltung und Hochschulen, die notwendige Kurskorrektur in der Volksschule jetzt mutig auszuführen.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Volksschule in der Krise: Experten fordern mehr Praktiker an den Pädagogischen Hochschulen

CH Media, 28. April 2026, von Kari Kälin

Eine Gruppe von Lehrpersonen, Politikern und Akademikern ist alarmiert über die sinkenden Leistungen an der Volksschule. Sie fordern eine Kurskorrektur. Dazu gehört auch: mehr Übung in den Grundkompetenzen Lesen, Rechnen, Schreiben.

Die Ausgangslage ist unerfreulich: Laut der aktuellen Pisa-Studie kann jeder vierte Schulabgänger nicht richtig lesen, jeder fünfte kaum rechnen und die Tendenz zeigt nach unten - obwohl sich die Schweiz eines der teuersten Bildungssysteme der Welt leistet. Kein Wunder, prägt der Begriff «Krise der Volksschule» vermehrt die bildungspolitische Debatte. FDP und SVP haben vor Kurzem je ein Positionspapier mit ähnlicher Stossrichtung präsentiert: Fokus auf Lesen, Rechnen, Schreiben und mehr Übung, mehr Praktiker als Dozenten an den Pädagogischen Hochschulen. Kritisiert werden der hohe Reformrhythmus, die integrative Förderung, der Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe.

Am Montag haben in Zürich Bildungsexperten ein Manifest für eine Kurskorrektur präsentiert, das viele Forderungen der erwähnten Positionspapiere aufgreift. Das achtköpfige Team besteht aus aktiven Lehrerinnen und Lehrern, Politikern aus der SP bis hin zum Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) und Akademikern wie dem bekannten Jugendpsychologen Allan Guggenbühl. Ihr Motto lautet: Jedes Kind geht nur einmal zur Schule - deshalb hat es ein Anrecht auf einen bildungswirksamen Unterricht.

Beat Kissling, früher Lehrer auf praktisch allen Schulstufen und heute Psychotherapeut in Zürich, brachte die gemeinsame Motivation der Experten so auf den Punkt: «Wir teilen die Sorge, dass etwas passieren muss.» Die tiefgreifenden Änderungen im Bildungswesen in den letzten 30 Jahren stellten den humanistischen Grundgedanken der qualitativ hochstehenden Förderung jedes Kindes in Frage. Das sind einige wichtige Forderungen im Überblick.

Mehr Praktiker an den Pädagogischen Hochschulen

Philipp Loretz, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland, verwies auf Rückmeldungen von Studierenden, aber auch Lehrpersonen, die unzufrieden sind mit der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen (PH). Moniert wird etwa zu wenig Praxisnähe. Loretz fordert: Dozierende für Fachdidaktik sollen über mehrjährige, erfolgreiche Unterrichtstätigkeit in jenen Fächern und auf jenen Stufen verfügen, für welche sie Studierende ausbilden. Die SP Baselland reichte ein ganzes Vorstosspaket zu diesem Thema - mit einigem politischem Erfolg.



Die Pädagogischen Hochschulen sind in der Schweiz föderalistisch organisiert. Die PH Zürich teilt via Kommunikationsstelle mit, sie unterstütze das Anliegen und hält fest: «Die Dozierenden der PH Zürich müssen neben ihrer akademischen Ausbildung über mehrjährige Berufserfahrung auf der Zielstufe verfügen, um zu unterrichten.» Die PH Zürich betont, dass viele Studierende bereits während des Studiums nicht nur Praktika absolvieren, sondern auch Stellvertretungen übernehmen würden.

Alles kein Problem also? Die Frage bleibt offen. An der Pressekonferenz hiess es auch, die PH und die Praktiker würden oft aneinander vorbeireden.

Reduktion auf das Wesentliche

Man könnte meinen, die Schule sei die Reparaturwerkstatt der Gesellschaft. Taucht ein neues Problem auf, ertönt schnell der Ruf nach einem neuen Schulfach. Zum Beispiel Umgang mit Finanzen, wenn verschuldete Jugendliche für Schlagzeilen sorgen. Die Referentinnen und Referenten finden jedoch: Die Schule soll den Lehrplan nicht überladen und sich thematisch verzetteln, sondern die Basiskompetenzen - Lesen, Schreiben, Rechnen - wieder vermehrt ins Zentrum rücken. Carl Bossard, Gründungsrektor der PH Zug, sagte, die Forschung sei eindeutig: «Lesen, Schreiben und Rechnen müssen konsequent aufgebaut werden.» Nicht die Kinder seien schwächer geworden, sondern das systematische Lernen sei geschwächt worden.

Stärkere Rolle der Lehrperson

Die Experten kritisierten, oft werde die Lehrperson zum Coach degradiert, den Kindern im Rahmen des selbstorganisierten Lernens zu viel zugemutet. Res Schmid kritisierte, dass bei dieser Lernform vor allem lernschwache Kinder auf der Strecke bleiben würden. Der Tenor lautete: Die Lehrerinnen und Lehrer müssen gestärkt werden, sie brauchen eine aktivere Rolle, in der sie den Unterricht gezielt steuern, damit die Schülerinnen und Schüler nicht allein gelassen werden.

«Wir halten an verblendeten Systemen fest»

NZZ, 28. April 2026, Schweiz, Erich Aschwanden und Sebastian Briellmann

16 Jahre lang hat der Nidwaldner Erziehungsdirektor Res Schmid gegen eine ideologisierte Schule gekämpft. Nun tritt er ab. Im Gespräch mit Erich Aschwanden und Sebastian Briellmann sagt er, die Bürgerlichen seien schuld daran, dass die Bildung fest in rot-grüner Hand sei

Herr Schmid, Ende Juni treten Sie nach 16 Jahren als Erziehungsdirektor des Kantons Nidwalden und als amtsältester Bildungsdirektor der Schweiz ab. Haben Sie versagt?

Auf eine gewisse Weise: ja. Ich habe zwar einige Dinge verändern können, aber längst nicht alle, die ich wollte. In der Bildungspolitik ist so vieles festgefahren, dass man nicht alleine etwas umsetzen kann. Als Politiker in diesem Land kannst du jedoch nicht diktatorisch auftreten.

Wir fragen, weil all das, was Sie kritisieren, noch immer Bestand hat. Integrative Schule, zwei Fremdsprachen in der Primarschule, Gendersprache . . .



Das stimmt – und ist nach so langer Zeit im Amt enttäuschend. Meine grundlegenden Überzeugungen sind in den 16 Jahren dieselben geblieben. Wenn man in wichtigen Fragen nicht weiterkommt und realisiert, dass Generationen von Schülern deswegen zu kurz gekommen sind, tut das schon weh. Das Niveau an den Volksschulen sinkt. Dabei ist Bildung unser Fundament. Ein Land, eine Gesellschaft funktioniert nur so gut, wie es das Bildungssystem tut. Wir waren einmal an *der Spitze*. *Das sind wir nicht mehr. Das kann doch nicht das Ziel sein.*

Warum haben Sie keine Mehrheiten für Ihre Anliegen gefunden?

Das Bildungssystem ist in den Händen von Links-Grün. Und daran, das ist mir wichtig zu betonen, sind vor allem wir Bürgerlichen schuld. Werden Politiker in Ämter gewählt, heisst es: Du bist von den Grünen oder von der SP – dann kümmere dich um Bildung oder Gesundheit. Was können wir dann erwarten? Es ändert sich jetzt ein bisschen etwas, aber es ist sehr spät.

Wo ist eine Korrektur besonders dringend?

Bei der integrativen Schule. Diese Pseudochancengleichheit, nach der alle gleich unterrichtet werden müssen, schadet letztlich allen. Im Klassenzimmer herrscht teilweise Chaos, es ist ein ständiges Geläuf. Gerade Kinder mit einer Behinderung brauchen jedoch viel mehr Aufmerksamkeit. Diese erhalten sie nur in separaten Klassen. Heute werden wir dem Anspruch nicht mehr gerecht, dass jeder Schüler das Recht auf eine gute Ausbildung hat. Dies, weil wir ideologisch verblendet an Systemen festhalten, die gut klingen, unseren Kindern jedoch nichts bringen. Im Gegenteil.

Warum wehren sich die Lehrerinnen und Lehrer, die Ihrer Meinung nach völlig überlastet sind, so vehement gegen Reformen in diesem Bereich?

Das integrative System ist nach wie vor eine heilige Kuh, und ich bin die falsche Person, die es zu hinterfragen wagt. Ich habe keine pädagogisch-didaktische Ausbildung und bin für die Lehrer ein Ex-Militarist, obwohl ich als F/A-18-Testpilot zivil angestellt war. Und ich habe das falsche Parteibuch.

In den Streit um die integrative Schule hat sich auch die Uno eingeschaltet. Der Ausschuss für Kinderrechte hat sich der Beschwerde einer Familie aus dem Aargau angenommen. Die Familie möchte ihre Tochter mit Behinderung in die Regelschule schicken. Was würde es bedeuten, wenn die Uno der Schweiz in diesem Fall Vorschriften machen würde?

Der Streit ist die Folge eines Missverständnisses. Das von der Uno gemeinte General Education System schliesst die Inklusionsmassnahmen ein, die das Schweizer Schulsystem bereits heute bietet. Würde die Uno tatsächlich ein international gültiges Urteil fällen, würde die Eigenständigkeit des Schweizer Schulsystems infrage gestellt. Ich habe meiner Aargauer Amtskollegin und Parteifreundin Martina Bircher daher gesagt, dass sie keinesfalls nachgeben darf.

Bundesrat Beat Jans und viele Bildungsexperten sehen dies anders.

Ich hoffe, dass Martina Bircher stark bleibt und von der Regierung unterstützt wird. Dann muss auch der Bundesrat Rückgrat zeigen und darf sich nicht von einem internationalen Gremium in unser Bildungssystem hineinreden lassen. Alles andere wäre eine Katastrophe.

Sie haben einmal gesagt: «Ich bin seit vielen Jahren ein einsamer Rufer in der Wüste.» Warum sind Sie so lange geblieben, wenn es so frustrierend ist?

Weil Bildung das wichtigste Thema ist. Nur deshalb bin ich in die Politik gegangen. Und weil ich ja



durchaus Dinge bewegen konnte. Kinder gehen etwa vier Monate später in die Schule. Die Kindergärtnerinnen danken es uns, die Eltern auch. Ausserdem habe ich Noten wieder ab der dritten Klasse eingeführt. Bis zu meinem Amtsantritt war erst ab der fünften Klasse benotet worden. Mir wäre die zweite Klasse noch lieber gewesen, aber immerhin. Die Kinder wollen ja auch gemessen werden. Sie wissen genau, wer gut ist und wer nicht. Auch habe ich in Nidwalden das lautgetreue Schreiben unterbunden.

Sie nennen das Schreiben nach Gehör einen «Unsinn».

Ja, das ist es ja auch. Wenn ich in die Schulen gehe und mir die Hefte der Schüler anschau, sehe ich desaströse Fehler – von Kindern in der fünften oder sechsten Klasse. Das sind keine Schreibfehler, das ist bewusstes Nichtwissen. In Deutschland hört man jetzt damit auf. Warum wir nicht? Meines Wissens bin ich der einzige Bildungsdirektor, der eine solche Weisung herausgegeben hat.

Der Widerstand gegen solche Aktionen ist jedoch gross. In der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sind Sie ein Aussenseiter geblieben.

Tatsächlich sind wir als Bürgerliche dort in der Minderheit. Als ich angefangen habe, wurde der neue Lehrplan 21 finalisiert. Ich sagte: Bei mir in Nidwalden schaffe ich sicher nicht die Fächer Geografie und Geschichte ab, die im Monsterfach Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) aufgehen sollten. Da wurde ich belächelt, und es wurde mir gesagt: Du bist halt noch nicht lange dabei, du verstehst es noch nicht. Heute unterrichten wir immer noch Geografie und Geschichte. Und mancher blickt neidisch nach Nidwalden.

Sperrt sich die EDK gegen mehr Korrekturen im Bildungssystem?

Sagen wir es so: Ich merke dort am meisten, dass ich für Bildungspolitik in der falschen Partei bin. Was aus der SVP kommt, kann nicht gut sein. Natürlich hat jeder Kanton eine Stimme, wodurch auch die kleinen Kantone eine gewisse Wirkungsmacht erhalten. Aber wenn die Grossen zusammenspannen, haben wir keine Chance.

Der Walliser EDK-Präsident Christophe Darbellay oder Silvia Steiner aus dem grossen Kanton Zürich sind Mitte-Politiker, also auch Bürgerliche.

Manchmal fehlt die Erkenntnis, auch bei Bürgerlichen, wie gross der Handlungsbedarf wäre. Und wenn dieser erkannt ist, fehlt oft der Wille, sich aufzulehnen, unbeliebt zu machen. Viele Politiker denken oft nur an die nächste Wahl. Hinzu kommt: Wir sehen nicht nur beim Bund, dass die Verwaltung den Departementsvorsteher führt – und nicht umgekehrt. Ich habe mich auch schon einmal von einer Amtsleiterin getrennt, weil sonst gegeneinander gearbeitet worden wäre. So kommt man nicht weiter.

Beten Politiker nicht einfach nach, was aus den Pädagogischen Hochschulen (PH) kommt?

Das ist ein Problem. Ein Beispiel: Als wir den Lehrplan 21 eingeführt haben, habe ich festgestellt: Da ist enorm viel Gendersprache drin. Ich musste intervenieren, damit das etwas abgeschwächt wird. Niemand sonst hat reagiert. Es kann doch nicht sein, dass die PH so viel Macht haben – und wir ihnen nicht auf die Finger schauen.

Sie sind frei, das zu machen.

Ich habe das immer wieder angemerkt. Die PH sind ideologisch klar links, das ist historisch so ge-



wachsen. Man kann den PH keinen Vorwurf machen, es hat sich ja niemand beschwert. Daran sind auch hauptsächlich wir Bürgerlichen selbst schuld.

Was wäre zu tun?

Die PH brauchen Praxisnähe. Wer Lehrerin werden will, muss wissen, wie man mit einer Klasse umgeht. Man befindet sich in einem Elfenbeinturm. Theoretische Anleitungen über Genderfluidität bringen dich im Zweifel im Schulzimmer weniger weit als eine kompetente Klassenführung.

Wirklich Erfolg hatten Ihre Interventionen nicht, es hat sich wenig verändert.

Das ist nicht zu bestreiten. Heute sehen wir die Ideologie sogar in vielen Lehrmitteln. In der Physik werden Raketen, Autos und Flugzeuge nicht als solche gezeigt, so als wären sie das Böse. Und manche NMG-Lehrmittel, die ja versprechen, auch Geografie und Geschichte nüchtern darzustellen, lesen sich eher wie Broschüren von Klimaaktivisten. Von AKW, die bei uns noch im Einsatz sind, ist nichts mehr zu sehen. Ist das noch neutral?

Sind die Probleme des Bildungssystems nicht auch eine Folge gesellschaftlicher Entwicklungen? Ein Beispiel ist die Zuwanderung. Die Kantone mit grossen Städten können nicht das leisten, was im beschaulichen Nidwalden noch geht.

Die Migration stellt tatsächlich eine riesige Herausforderung dar. Die vielen Kinder, die mit ihrer Familie neu in die Schweiz kommen, gehen am nächsten Tag bereits in die Schule. Die Integration des fremdsprachigen Kindes ist aufwendig und bremst die bestehende Klasse. Deshalb fordere ich die Einrichtung von Integrationsklassen, in denen die Schüler so vorbereitet werden, dass sie das sprachliche Niveau A2 erreichen und anschliessend die Regelklasse besuchen können. Die Kinder verlieren dadurch vielleicht ein Jahr, aber was ist ein Jahr im Leben eines Kindes?

Die Schulen reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen zunehmend mit restriktiven Massnahmen. Nidwalden hat als erster Kanton ein Handyverbot an allen Schulen eingeführt. Bewährt sich diese Massnahme?

Sämtliche Rückmeldungen sind positiv. Für viele Schulleitungen ist dies nichts Neues, da sie bereits zuvor ein Handyverbot kannten. Sie sind froh, dass der Umgang mit den Smartphones nun einheitlich wurde. Inzwischen haben ja andere Kantone nachgezogen.

Auf nationaler Ebene gibt es Bestrebungen, die Nutzung von Social Media bis zu einem gewissen Alter zu verbieten. Was halten Sie von dieser Forderung?

Die Absicht, Kinder in einem gewissen Alter vor Gewalt, Pornografie und anderen schädlichen Inhalten sozialer Netzwerke zu schützen, ist gut. Doch wie soll ein solches Verbot durchgesetzt werden? Australien ist das erste Land, das eine Altersbeschränkung von 16 Jahren für Social Media eingeführt hat. Von dort hört man jedoch, dass Kinder trotzdem an alle Inhalte der Plattformen gelangen. Es besteht die Gefahr, dass die Politik eine Pseudomassnahme einführt, die nichts bringt. Letztlich liegt es an den Eltern. Ich sehe das bei meinem Enkel. Er ist elf Monate alt und will sofort auf diesen «Saukasten» schauen, wenn ich ihn in die Hand nehme. (lacht) In seiner Anwesenheit muss ich mich selbst disziplinieren.

Mussten Sie das auch einmal als Bildungsdirektor tun – und Dinge im Nachhinein anders machen?

Der Hype um die Digitalisierung war übertrieben. Zwar muss man mit dem Computer umgehen können, doch die Schule sollte sich auf die Vermittlung der Basisfähigkeiten beschränken. Alles



andere ist Spezialistentum, das man später in der Lehre oder im Studium erlernen kann. Es wäre jedoch fatal, wenn das Schreiben von Hand und das manuelle Darstellen generell verlorengehen. Doch diese Gefahr besteht.

Kurz vor Ihrem Rücktritt sind Sie als Mitglied der Gruppe «Wendepunkt Bildung» noch einmal an die Öffentlichkeit. Was wollen Sie damit erreichen?

Wir sind eine heterogene Gruppe von SVP bis SP, die eine Rückbesinnung auf alte Erfolgskonzepte fordert. Früher war zwar nicht alles besser, aber man muss sich wieder stärker auf die Vermittlung der Grundkompetenzen konzentrieren. Nicht alle werden daran Freude haben, aber wir hoffen, einen Impuls auszulösen. Nach meinem Rücktritt werde ich mich – nach dem Motto «Schnauze, Bello, wenn du nicht mehr im Amt bist» – jedoch nicht mehr zu Bildungsfragen äussern. Zu Themen, die das Land entscheidend prägen – beispielsweise die Neutralität und die EU-Verträge –, werde ich mich aber bestimmt äussern, wenn ich gefragt werde.

Überforderung im Tarnkleid

Tages-Anzeiger, 30. April 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 28.4. «Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer»

Wer 35 Jahre in der Unterstufe unterrichtet hat, weiss: Viele Kinder sind kleine Wirbelwinde. Nicht böseartig, nicht faul - einfach noch ohne innere Ordnung. Schon einfache Aufgaben können bei ihnen ein Chaos auslösen. Genau diese Kinder brauchen Halt, Orientierung und eine klare Führung. Doch in vielen Klassenzimmern dominiert heute ein anderes Bild: überladene Wochenpläne, selbstorganisierte Lerninseln, hektisches Herumwuseln. Es wirkt modern, geschäftig, fast schon professionell. Nur: Für viele Kinder bleibt am Ende ein Durcheinander im Kopf zurück.

Das Tohuwabohu sieht nach Freiheit aus, ist aber oft Überforderung im Tarnkleid. Was Kinder wirklich brauchen, ist etwas anderes: kurze, klare, unmittelbar umsetzbare Instruktionen. Struktur, die trägt. Führung, die nicht bevormundet, sondern entlastet.

Ein Unterricht, der logisch aufgebaut ist, Schritt für Schritt - nicht eintönig, aber eindeutig. Auch die pädagogischen Hochschulen sollten sich wieder daran erinnern, dass raffinierte Einfachheit kein Rückschritt ist, sondern eine Kunst. Lehrpersonen müssen lernen, wie man führt, ohne zu dominieren, und wie man Komplexität reduziert, ohne Inhalte zu verflachen. Denn am Ende gilt ein alter, aber wahrer Grundsatz: Eine Sache richtig zu können, ist mehr wert als tausend halb.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln



Schulischer Niedergang

NZZ, 27. April 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief

Jedes Pendel schlägt einmal zurück. Reformen in übermässiger Zahl, aber auch praxisferne Ausbildungen für angehende Lehrerinnen und Lehrer einer progressiven Bildungselite an den pädagogischen Hochschulen haben der Qualität unserer Volksschule offensichtlich erheblichen Schaden zugefügt («Eine unheilige Allianz will die Schule retten», NZZ 22. 4. 26). Damit soll nun endlich Schluss sein.

Zunehmend unüberhörbare Kritik erwächst dem schulischen Niedergang von bildungsforschender, pädagogischer und kinderpsychologischer Seite. Auch die Politik hat sich längst eingeschaltet. Und jetzt beabsichtigt eine neue Gruppierung namens «Wendepunkt Bildung», das Steuer auf dem schlingernden Schulschiff ganz herumzureissen. Ihr Manifest für einen «bildungswirksamen Unterricht» darf mit Spannung erwartet werden, setzt sich die Gruppe doch aus Parteien verschiedener Couleur zusammen.

Zur Vollständigkeit der Meinungsvielfalt würde zum einen auch die Bildungsdirektion beitragen; sie hält sich allerdings bis dato bedeckt. Zum andern wäre es dringend angezeigt, noch einer anderen Stimme Gehör zu verschaffen – jener der jugendlichen Schulabgänger, die ihre eigenen Erfahrungen als Schülerinnen und Schüler ehrlich und ungeschminkt in eine damit noch breiter geführte Diskussion einbringen könnten. Aus Erfahrungen wird man bekanntlich klug. Wer sich in bester Absicht für eine Lösung der derzeitigen Bildungskrise einsetzen will, sollte sich diese Erkenntnis auf seine eigene Fahne schreiben.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Lernen ist ein sozial vermittelter Prozess

NZZ, 29. April 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Eliane Perret

Die Interaktionspartner sind in der Familie wie auch in der Schule für Kinder und Jugendliche zentral. Deshalb sollte der Schwerpunkt des Schulunterrichts im dialogischen Lernen liegen.

Gastkommentar von Eliane Perret

Reformprojekte im Bildungsbereich fokussieren oft auf eine strukturelle Ebene. Das ist nicht falsch, aber es fehlt die Frage, ob sie den sozial-emotionalen und kognitiven Grundbedürfnissen eines Kindes oder Jugendlichen tatsächlich entsprechen. Das wäre die Richtschnur dafür, wo Veränderungen angebracht und sinnvoll sind. Zu den heute allgemein anerkannten Eckpunkten humanwissenschaftlicher Forschung gehört das Wissen um die jedem Menschen innewohnende Sozialität. Schon in den ersten Lebensmonaten zeigt sich, dass Kinder keine bindungslosen Einzelwesen und keine unfertigen Erwachsenen sind. Sie können die ihnen auferlegten Entwicklungsaufgaben deshalb nur dann mit Zuversicht und Mut angehen und sich in ihrer Persönlichkeit frei entfalten, wenn sie sich bei ihren Beziehungspersonen und im zwischenmenschlichen Verbund verstanden, aufgehoben und



getragen fühlen. Deshalb sind ihre Interaktionspartner in Familie und Schule und ihre sozialen und gesellschaftlichen Umgebungsbedingungen essenziell. Sie sind wesentlich für die Chance einer freien Entwicklung der Individualität und Entfaltung des kindlichen Potenzials.

Wo dies fehlt oder unzureichend ist, stagniert die Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen. Eine damit verbundene psychische Obdachlosigkeit kann sich in Symptomen wie Unkonzentriertheit, Impulsivität und auffälliger Umtriebigkeit oder in Rückzug und Verweigerung, in depressiver Gemüthsstimmung oder einer exzessiven Hinwendung zu sehr spezifischen Interessen äussern. Aus solchen durch viele Studien verifizierten Beobachtungen ergeben sich wichtige Hinweise für die Gestaltung von Unterricht und Schule: Lernen ist ein sozial vermittelter und vollzogener Prozess und kein individualistischer Vorgang, bei dem sich Kinder oder Jugendliche als Ich-AG den Lernstoff mit unterschiedlichen Lernprogrammen selbst aneignen. Der Schwerpunkt des Unterrichts muss deshalb bei altersgemäss angepassten Formen dialogischen Lernens liegen. Dabei erarbeiten sich die Schüler gemeinsam den Unterrichtsstoff, angeleitet durch ihre Lehrpersonen. Dieser Lernprozess ist für alle Beteiligten gewinnbringend, steht jedoch in Widerspruch zu derzeitigen pädagogischen Trends. Diese folgen der Maxime, Kinder möglichst wenig anzuleiten. Sie sollen neue Lernfelder möglichst autonom durch eigenes Forschen «entdecken» (das heisst durch Beobachten und Ausprobieren).

Aktuelle wissenschaftliche Befunde und nationale und internationale Lernstandserhebungen verweisen jedoch darauf, dass sich in einem solchen Lern-Setting die Schere zwischen leistungsstarken und -schwachen Kindern stark öffnet. Nur ein sehr kleiner Teil der Kinder und Jugendlichen kann – oft unterstützt durch Nachhilfeunterricht – in einem so gestalteten Unterricht bestehen, während sich die übrigen mit Raten oder Schummeln behelfen oder mutlos in wenig konstruktive Aktivitäten ableiten (und auf diese Weise ihre Versagensgefühle überspielen). Nicht nur sie, sondern alle Kinder brauchen in Familie und Schule den Rückhalt im Echo des Gegenübers und in verbindlichen zwischenmenschlichen Erfahrungen mit Lob, Ermutigung, Bestärkung, aber auch konstruktiver Kritik. Er ist die Quelle dafür, dass ein Kind die in ihm schlummernden Entwicklungspotenziale ausbilden kann; das gibt ihm Mut und Zuversicht, neue Aufgaben erfolgreich angehen und lösen zu können.

Mit dialogischem Lernen verbunden ist auch die sozial-emotionale Entwicklung des Kindes. Es ist ein wichtiges Übungsfeld für die Entwicklung von Einfühlungsvermögen und Mitmenschlichkeit, woraus sich wiederum der natürliche Wunsch nach einem gleichwertigen, kooperativen Zusammenleben in unserer Gesellschaft nährt.

Ob für diese Entwicklungsschritte ein grosser gemeinsamer Klassenverband für alle Kinder das richtige soziale Umfeld ist, muss in sorgfältiger Beobachtung geklärt werden. Wie die Erfahrung zeigt, kann ein kleineres soziales Umfeld, eine Anleitung in kleinen Schritten und die enge Begleitung durch eine Lehrperson für ein Kind oder einen Jugendlichen sehr entlastend sein. Dann schöpfen viele wieder Mut, sich den Anforderungen zu stellen und für sich eine neue Perspektive und Zuversicht für die Zukunft zu entwickeln.

Dies gilt gerade auch für Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Sie müssen diese neue Sprache in einem Umfeld lernen können, in welchem sie sich in ihrer kulturellen und sprachlichen Her-



kunft angenommen und geschätzt fühlen – eine Voraussetzung dafür, eine neue Sprache zu lernen und sich auch in ihr zu beheimaten.

Beim dialogischen Lernen sind die Lehrpersonen als Mitmenschen gefragt, nicht als Coaches, nicht als Organisatoren von Lernprozessen, sondern als wichtige ausserfamiliäre Bezugspersonen. In dieser Rolle können sie das Potenzial, aber auch mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und durch entsprechendes Fördern und Fordern korrigierend eingreifen. Beziehung wird zum entscheidenden Wirkfaktor. Dies muss wieder Ausgangspunkt für Bildungsbemühungen und Reformkonzepte von Schulen sein und sich in den Grundlagen für Lehrpläne, Ausbildungskonzepte und Unterrichtsgestaltung abbilden. Nur dann werden sie den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht.

Eliane Perret ist Psychologin und Heilpädagogin; sie war Schulleiterin an einer Tagessonderschule.

Kinder unter Stress: Findet der Schulübertritt zu früh statt?

Tages-Anzeiger, 28. April 2026, Zürich, Nina Fargahi

Kantonsrat • Eine Lehrerin kritisiert die frühe Selektion in der Sekundarstufe, das Parlament weist ihre Einzelinitiative jedoch ab.

Der oberste Schulleiter, Thomas Minder, sorgte kürzlich für Wirbel in einem Interview. Er kritisierte, dass die Selektion in den Schulen zu früh erfolge. Vermeintlich schwächere Schülerinnen und Schüler würden «wegen Fehleinschätzungen in tiefen Niveaus landen» und «früh als schlecht abgestempelt». Das werde dann zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Auch der Zürcher Kantonsrat debattierte gestern über die Abschaffung der Selektion nach der sechsten Klasse. Lehrerin Katrin Meier, die in Zürich Kinder von der vierten bis zur sechsten Klasse unterrichtet, hatte eine Einzelinitiative eingereicht. Sie sagte vor dem Parlament: «Alle Schülerinnen und Schüler müssen die Chance haben, ihr Potenzial zu entfalten.» Die Selektion finde zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Begabung eines Kindes noch gar nicht sichtbar sei.

Sie plädierte dafür, die Selektion auf das Ende der obligatorischen Schulzeit zu verschieben - also nach der neunten Klasse. «Die Kinder hätten weniger Druck und Stress, die Eltern wären entspannter, der Wirtschaft gingen keine Fachkräfte verloren, die Lehrpersonen profitierten von der höheren Motivation der Schülerinnen und Schüler.»

Selektion bleibt umstritten

Unterstützung erhielt Meier von der SP, der AL und einem Teil der Grünen. Sibylle Jüttner (SP) sagte: «Je früher die Selektion stattfindet, desto stärker wirkt sich die soziale Herkunft auf den gesamten Bildungsweg des Kindes aus.» Die Schulen müssten die Potenziale fördern und «nicht Kinder so früh in Schubladen stecken», sagte sie.



In den anderen Parteien herrschte Skepsis. Nadia Koch (GLP) sagte: «Ein Systemwechsel hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung, entsprechende Vorhaben scheitern regelmässig.» Die Initiative sei «gut gemeint», werde allerdings den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht.

Auch Marc Bourgeois (FDP) war dagegen: «Kinder, die nicht gleich sind, muss man nicht gleich machen.» Schwächeren Schülerinnen und Schülern sei besser gedient, wenn sie in kleineren Klassen und Abteilungen unterrichtet würden. Es sei «naiv, zu glauben, dass man alle Teenager in denselben Klassen unterrichten könne», sagte er. Die FDP sehe «keine Notwendigkeit für solche Experimente».

Die Einzelinitiative war chancenlos und wurde abgelehnt, das nötige Quorum von 60 Stimmen wurde mit 49 Stimmen nicht erreicht.

Ähnliche Ansätze wie die Volksinitiativen «Für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I» in den Kantonen Bern und Zürich sind gescheitert. Die nötigen Unterschriften waren im Sommer 2025 nicht zusammengekommen.

Menschen mit Ecken und Kanten

NZZ, 27. April 2026, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Allan Guggenbühls These von der vernachlässigten Imagination in der Schule stellt den aktuellen Trend zur Relativierung von Bildungsinhalten radikal infrage («Die Kraft der Imagination wird vernachlässigt», NZZ 15. 4. 26). Nicht von konkreten Inhalten losgelöste Kompetenzen stehen für ihn im Vordergrund, sondern wesentliche Themen, welche den Unterricht prägen.

Lehrerinnen und Lehrer übernehmen die wichtige Funktion von Kulturvermittlern, indem sie kompetent den Schülern ein Stück weit die Welt erschliessen. Erlebbar pädagogische Gestaltungskraft, die sich in der Erzählkunst oder in wissenschaftlicher Faszination für einen Lerngegenstand zeigt, spielt dabei eine zentrale Rolle.

Spannende geschichtliche Schilderungen, ansteckende Begeisterung für Lebewesen in geheimnisvollen Biotopen oder die sichtbare Freude an verblüffenden technischen Experimenten werden so zu Markenzeichen für Lehrerpersönlichkeiten. Als Schüler weiss man, dass der «Bio-Meier» mit seiner Klasse nächtliche Exkursionen zu den Fröschen am nahen Weiher machen wird.

Kinder und Jugendliche schätzen Lehrpersonen, die ihnen durch kluge Führung die Augen für wesentliche Zusammenhänge öffnen können. Sie sind keine farblosen Lernbegleiter, sondern Menschen mit Ecken und Kanten, mit denen sich die Jugendlichen auseinandersetzen können. Sie arbeiten gern mit der ganzen Klasse, sie suchen den Dialog mit den Schülern und sind sich ihrer Vorbildrolle bewusst.

Guggenbühl unterstreicht zu Recht, dass ihr gut sichtbares Engagement unerlässlich ist, um Jugendliche in ihrer Entwicklung ganzheitlich zu fördern. Die Vorstellung vom Lehrer als Überwacher von



Lernprozessen reicht nicht aus, um den tatsächlichen Erwartungen der jungen Generation zu entsprechen. Die Lehrerbildung wird über die Bücher gehen müssen.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Das ist eine absurde Situation

Tages-Anzeiger, 23. April 2026, Forum, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 17.4. «Angepasste Mädchen wechseln an Privatschulen wegen Unruhe in der Regelklasse»

Endlich einmal eine Tagi-Seite, die sich aller Kinder einer Schulklasse annimmt und nicht nur der integrierten. Die Schilderungen zeigen doch, dass vor allem ruhige Schülerinnen und Schüler unter Lärm und Benehmen am Lernen gehindert werden. Auch das selbst organisierte Lernen wird in diesem Zusammenhang zu Recht infrage gestellt. Es tönt fast wie Hohn, wenn Psychologe Obrist meint, die Integration sei trotzdem nicht gescheitert; nur bei «schwerwiegenden Problemen» wäre eine Sonderklasse gerechtfertigt. Darüber, wie das zu definieren ist, gehen natürlich die Meinungen meilenweit auseinander. Tatsache ist, dass viele Eltern einfach genug haben und ihre Kinder irgendwelchen Privatschulen anvertrauen. Eine absurde Situation. Mit der Totalintegration soll die Chancengleichheit hergestellt werden, aber auf diese Art wird nur wieder ein anderer Teil der Klasse benachteiligt. Und das Bedenkliche daran: Private Lerninstitute kann sich natürlich nur leisten, wer über die erforderlichen Finanzen verfügt, was nicht dem Volksschulsystem entspricht. Jede Gemeinde sollte auch über Kleinklassen verfügen. Gegen notorische Störenfriede müssen sich Eltern wehren; solche Kinder gehören nicht in Normalklassen. Der Zürcher Kantonsrat lag richtig mit seinem Entscheid pro Förderklassen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Als schönfärberisch und mit diesem Beitrag sogar widerlegbar ist die Aussage des Präsidenten der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie, Matthias Obrist, zu taxieren, wenn er behauptet, die integrative Schule sei keineswegs gescheitert. Zumindest teilweise ist sie das eben doch, denn der Entschluss besorgter und begüterter Eltern, ihre Kinder in Privatschulen zu schicken, damit sie dort einem Unterricht in ruhiger und geordneter Atmosphäre folgen können, schafft mit der Abwanderung «normaler» Schülerinnen und Schüler eine anders geartete Form der Separation. Obrist ist zwar beizupflichten, dass die öffentliche Volksschule just diese Kinder bräuchte, aber er zeigt nicht auf, dass dies mit der Förderung von lernschwachen und verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern in Klein- und Förderklassen durchaus wieder gelingen wird.

Max Knöpfel, Pfäffikon



Wenn die Wirklichkeit stört

Journal 21, 19. April 2026, Carl Bossard

Der oberste Schulleiter der Schweiz, Thomas Minder, fordert die Abschaffung von Gymnasialprüfungen und frühen Selektionen, ja des sogenannten Langzeitgymnasiums generell. Er stellt damit ein zentrales Element der schulischen Lernleistungslogik in Frage.

Es gibt Reformen, die die Welt verbessern wollen. Und es gibt Reformen, die vor allem ein hartnäckiges Problem zu lösen versuchen: die Wirklichkeit selbst. Der oberste Schulleiter der Schweiz, Thomas Minder, gehört offenkundig zur zweiten Kategorie. Sein Kampf gegen das Gymnasium kommt als Kampf für mehr Gerechtigkeit daher. In Interviews erklärt er, weshalb Prüfungen ungerecht sind, Selektionen zu früh erfolgen¹ und Noten im Grunde ein Relikt aus einer Zeit darstellen, die längst überwunden ist.

Man muss Minder zugutehalten: Sein Projekt ist kohärent. Wenn man alle Unterschiede für ungerecht hält, dann ist die logischste Konsequenz, sie abzuschaffen. Nicht die Ungerechtigkeit. Die Unterschiede. Was auf den ersten Blick theoretisch wirkt, hat praktische Konsequenzen für die Organisation der Schule.

Konsequenz als Programm

So gesehen ist die Forderung nach der Abschaffung von Gymnasialprüfungen nur ein erster Schritt. Wenn Prüfungen als ungerecht gelten, stellt sich schnell die Frage, warum überhaupt bei ihnen Halt gemacht werden sollte. Konsequenter wäre es, auch ihre Resultate zu relativieren – und damit jene Wirklichkeit, die sie abbilden.

Denn diese Wirklichkeit ist derzeit alles andere als beliebig und berauschend. Wie der Bildungsforscher Stefan Wolter im Bildungsbericht Schweiz 2026² nüchtern festhält, sinken die Lernleistungen in weiten Teilen des Schweizer Schulsystems. Nur ein Bereich widersetzt sich dem Trend: das Gymnasium. Dort bleiben die Leistungen konstant. «Konstant gut».³

Der Befund ist unbequem; er passt nicht ins Bild.

Der störende Befund

Denn wenn ausgerechnet dort, wo selektioniert wird, die Leistungen stabil bleiben, während sie anderswo sinken, dann entsteht ein unangenehmer Verdacht: Könnte es sein, dass Selektion nicht nur Ungleichheit produziert, sondern auch Leistungsfähigkeit sichert? Ein zunächst unangenehmer, aber letztlich hilfreicher Verdacht.

Doch eine solche Frage ist im reformpädagogischen Diskurs ungefähr so willkommen wie ein Taschenrechner im Kopfrechnen.

Die flache Schule

Doch Thomas Minder denkt weiter. Wenn Selektion ungerecht ist, dann muss sie später stattfinden. Am besten ganz am Ende. Oder noch besser: gar nicht. Alle gehen gemeinsam durch die Schule,

1 in: SonntagsBlick, 05.04.2026, S. 1ff.

2 SKBF (2026). Bildungsbericht Schweiz 2026. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF).

3 Sebastian Briellmann, Erich Aschwanden: Im Bildungswesen toben Verteilungskämpfe. In: NZZ, 24.03.2026, S. 8



möglichst lange, möglichst gleich. So sein unermüdliches Mantra.

Das hat einen bestechenden Charme. Es ist die pädagogische Variante der flachen Erde: Niemand fällt mehr herunter, weil es keine Kanten mehr gibt. Nur bleibt eine kleine Unbequemlichkeit: Die Unterschiede verschwinden nicht, nur weil man sie nicht mehr misst. Sie verlagern sich. Sie zeigen sich später. Oft unangenehmer, ja brutaler. Wer glaubt, man könne Leistungsunterschiede durch institutionelles Wegschauen aufheben, verwechselt Pädagogik mit Magie.

Die halbe Wahrheit

Besonders elegant ist die Argumentation, wonach Prüfungen soziale Ungleichheiten verstärken. Das ist nicht falsch. Aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte lautet: Ohne überprüfbare Leistungskriterien verstärken sich soziale Ungleichheiten erst recht – nur im Verborgenen. Dann entscheiden nicht mehr transparente Anforderungen, sondern Herkunft, Habitus und das berühmte «Gefühl» dafür, wer wohin gehört.

Mit anderen Worten: Die Abschaffung der Messung schafft nicht Gleichheit, sondern Intransparenz. Die Lernleistung ist der einzig sozialneutrale und damit demokratiegemässe Massstab.

Leistung ohne Folgen

Der vielleicht kühnste Gedanke in Minders Reformgebäude ist jedoch ein anderer: dass Leistung zwar wichtig sei, aber bitte ohne ihre sichtbaren Konsequenzen.

Das ist, als würde man den Sport lieben, aber die Rangliste abschaffen. Alle laufen, alle schwitzen, alle geben ihr Bestes – und am Ende sind alle Erste. Ein zutiefst unschweizerischer Traum: der Gipfel ohne Aufstieg – und ohne Anstrengung.

Der blinde Fleck

Dabei wäre der Ausgangspunkt eigentlich unbestritten: Der Start soll für alle möglichst gleich sein. Die Wege dürfen unterschiedlich sein. Und am Ende sollte zählen, was jemand kann.

Das Problem ist nur: «Was jemand kann» lässt sich nicht durch wohlmeinende Erklärungen ersetzen. Es muss festgestellt werden. In der Schule. Möglichst fair, möglichst sorgfältig und – als Ergänzung zu den Noten – in wohlwollender, fördernder Sprache. Aber eben: festgestellt. Die Lernleistung ist der einzig sozialneutrale und damit demokratiegemässe Massstab.

Gerade für Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen ist die Schule oft der einzige Ort, an dem Leistung sichtbar und wirksam werden kann. Wer dieses Instrument schwächt, schwächt nicht die Privilegierten, sondern deren Korrektiv.

Die Rückkehr der Realität

Man kann die Schule humaner machen, verständnisvoller, differenzierter. Das ist notwendig.

Man kann aber nicht die Realität abschaffen, ohne dass sie sich an anderer Stelle zurückmeldet. Und sie tut das erfahrungsgemäss meist mit weniger pädagogischem Feingefühl.

Die Wirklichkeit ist ein geduldiger Lehrer – aber kein billig nachsichtiger.